

Antrag

der Fraktion GRÜNE

Wassermanagement in Zeiten des Klimawandels – Lehren aus dem Hitze- und Trockensommer 2026

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. wie die Landesregierung die Situation der Oberflächengewässer, des Grundwassers und der Bodenfeuchte in Baden-Württemberg im Sommer 2026 im Vergleich zu den Vorjahren bewertet;
2. welche wesentlichen Ergebnisse bislang aus dem „Masterplan Wasserversorgung“ vorliegen, insbesondere hinsichtlich regionaler Unterschiede (u. a. in den Höhenlagen des Schwarzwaldes und der Schwäbischen Alb) bei Wasserdargebot, Wasserbedarf und Versorgungssicherheit sowie des daraus resultierenden Handlungsbedarfs;
3. wie sich der aktuelle Stand der „Strategie Wasserversorgung 2050“ hinsichtlich der vorgesehenen Maßnahmen, Zeitpläne sowie Investitionsbedarfe und deren Erarbeitung darstellt;
4. in welchen Regionen und Kommunen Baden-Württembergs es seit 2023 aufgrund von Trockenheit, Niedrigwasser oder niedrigen Grundwasserständen zu Beschränkungen von Wasserentnahmen, Aufrufen zum sparsamen Wassergebrauch oder Umschaltungen in der Trinkwasserversorgung kam;
5. inwiefern die „Strategie Wasserversorgung 2050“ die Bedeutung der Wasserversorgung als kritische Infrastruktur berücksichtigt, damit deren Resilienz gegenüber Angriffen bzw. den Folgen des Klimawandels gestärkt wird;
6. welche Bedeutung die Landesregierung einer langfristig gesicherten Wasserverfügbarkeit für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs beimisst (insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen von Niedrigwasser auf die Häfen Kehl und Mannheim);
7. welche Maßnahmen die „Strategie Wasserversorgung 2050“ vorsieht, um die Wasserversorgungssicherheit als Voraussetzung für Produktionsprozesse, industrielle Wertschöpfung, Investitionen und Arbeitsplätze zu gewährleisten;
8. wie die Landesregierung Maßnahmen und Steuerungsinstrumente zur Förderung eines sparsamen und effizienten Umgangs mit Wasser bewertet und welche Erfahrungen ihr hierzu aus Baden-Württemberg, anderen Bundesländern oder anderen Staaten vorliegen;
9. welche Programme und Projekte die Landesregierung zur Stärkung des Wasserrückhalts in der Fläche, Wald und Landwirtschaft verfolgt;
10. welche Maßnahmen nach dem Prinzip der „Schwammstadt“, etwa zur Entsiegelung oder Regenwasserversickerung, landesweit bereits mit welchem Mitteleinsatz sowie mit welcher rechtlichen, planerischen oder finanziellen Unterstützung des Landes umgesetzt wurden;

11. welche Konzepte die Landesregierung verfolgt, um den Wasserbedarf der Landwirtschaft durch wassersparende Bewässerungstechniken, Wasserspeicherung, Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserspeicherfähigkeit der Böden sowie überbetriebliche Lösungen (beispielsweise Beregnungsverbände) anzupassen um die Wassereffizienz zu erhöhen;
12. welche Maßnahmen die Landesregierung im Rahmen ihres Wassermangel- und Niedrigwassermanagements verfolgt;
13. nach welchen Kriterien bzw. Schwellenwerten Wasserentnahmen bei zunehmender Wasserknappheit eingeschränkt werden, insbesondere mit Blick auf die Abwägung zwischen öffentlicher Wasserversorgung, Ökologie, Landwirtschaft sowie gewerblich-industrieller Nutzung;
14. wie die Landesregierung mögliche Zielkonflikte zwischen Maßnahmen der Gewässerunterhaltung, insbesondere Räumungs- und Ausbaggerungsmaßnahmen, den Zielen der Gewässerrenaturierung sowie der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie beurteilt (unter Einbeziehung praktischer Lösungsansätze);
15. ob es nach Auffassung der Landesregierung vor dem Hintergrund der Klimakrise einen gesetzgeberischen Bedarf im Bereich Wasserrecht gibt.

24.9.2026

Schwarz, Mettenleiter und Fraktion

Begründung

Die Hitze und Trockenheit im Sommer 2026 zeigen, dass die Verfügbarkeit von Wasser auch in Baden-Württemberg zunehmend zu einer zentralen Herausforderung wird.

Sinkende Grundwasserstände, Niedrigwasser in Flüssen und Bächen sowie trockene Böden wirken sich auf Natur und Umwelt, Landwirtschaft, öffentliche Wasserversorgung sowie Industrie und Gewerbe aus.

Der „Masterplan Wasserversorgung“ und die „Strategie Wasserversorgung 2050“ stellen wichtige Weichen für eine langfristig sichere Wasserversorgung im Land Baden-Württemberg. Neben der Erschließung und Sicherung von Wasserressourcen gewinnen ein sparsamer und effizienter Umgang mit Wasser, der Wasserrückhalt in Landschaft und Siedlungsraum sowie die Anpassung der Landwirtschaft an zunehmende Trockenperioden an Bedeutung.

„Wasser ist nicht alles – aber ohne Wasser ist alles Nichts“ - Wasser stellt also zugleich Lebensgrundlage, Bestandteil der kritischen Infrastruktur und ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor dar. Bei zunehmender Wasserknappheit können Nutzungskonkurrenzen zwischen öffentlicher Wasserversorgung, Ökologie, Landwirtschaft sowie Industrie und Gewerbe entstehen.

Der vorliegende Antrag adressiert den aktuellen Stand des Wassermanagements in Baden-Württemberg und soll aufzeigen, mit welchen Maßnahmen das Land die Versorgungssicherheit, den sparsamen Umgang mit Wasser und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels langfristig gewährleisten will.